

# Einigkeit

**Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter**  
 MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.  
 Verantwortlich für die Redaktion: A. Lantès, Berlin NW 40,  
 Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 u. 4934.

Verlag: A. Lantès, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.  
 Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt  
 Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
 Inserate: Die 6 gefaltene Nonpareillezeile bei Arbeitsmarkt  
 Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Notverordnung der Diktatur

Nach der Auflösung des Reichstags machte sich die in den Diensten der Reaktion stehende Regierung ihre Arbeit sehr leicht. Die vom Reichstag abgelehnte Notverordnung wurde dennoch auf Grund des Art. 48, Abs. 2, der Reichsverfassung erlassen. Ganz abgesehen davon, daß diese Bestimmungen in der Reichsverfassung, die lauten: „Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten...“ nicht anzuwenden sind auf eine Verordnung, die eine schwere wirtschaftliche Belastung besonders für die arbeitende Bevölkerungsschicht bedeutet, so gehört doch eine große Dreistigkeit dazu, das Wort der Volksvertretung zu ignorieren.

Die Notverordnung ist das Produkt einer engstirnigen Regierung, die im Banne der Reaktion steht. Es ist wirklich keine Kunst, gekehrte Verordnungen zu erlassen, nachdem der Reichstag nach Hause geschickt worden ist. Auf diese Art kann jeder Idiot regieren und die Konsequenz dessen müßte sein, daß durch den ominösen Artikel 48 auch die Reichstagswahlen verboten würden. Ein unerhörter Zustand, wie ihn kein parlamentarisch regierter Rechtsstaat jemals gesehen hat. Die Notverordnung selbst bedeutet eine unerhörte Belastung der arbeitenden Volksschicht. An den Arbeitslosen wurde ein großes Verbrechen begangen, als bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erhebliche Verschlechterungen des Unterstützungsbezuges diktiert wurden. In diesem Kampfe um die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenunterstützung haben die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei mit größter Energie gekämpft. Weil aber auf parlamentarischem Wege die Wünsche der Kapitalisten nicht in Erfüllung gehen und den Ärmsten der Armen nicht unerhörte Verschlechterungen ihrer kargen Unterstützungsbezüge aufgezwungen werden konnten, so wurde der Weg der Diktatur beschritten. Durch die Notverordnung soll infolge der Beitragserhöhung für die Arbeitslosenversicherung und Verschlechterung der Versicherungsbestimmungen ein Mehraufkommen von 269 Millionen Mark eintreten.

Eine weitere Bestimmung verordnet neue Steuern, durch die wiederum von der Reichshilfe, Einkommensteuerzuschlag und Ledigensteuer 274 Millionen Mark aufgebracht werden sollen. Diese bedeutenden Summen sind in der Hauptsache den minderbemittelten Kreisen auferlegt, in Form von Abgaben der Beamten, Einführung einer Bürgersteuer, die sogar von den Ärmsten der Armen, von den Unterstützungsempfängern, gefordert wird, die Ledigensteuer und der Mehrbesteuerung bei Einkommen über 8000 Mk. Alle diese Mehrbelastung an Steueraufkommen werden vornehmlich auf die Schultern der wirtschaftlich schwachen Kreise gelegt. Wir lesen kein Wort in der Notverordnung über eine höhere Besteuerung größerer Vermögen und Kapitalien. Nach dieser Richtung durfte die Regierung nichts unternehmen.

Da aber alle diese Bestimmungen noch nicht ausreichen, um den Dalles im Reiche und in den Gemein-

den zu unterbinden, so werden die Gemeinden ermächtigt, eine weitere Kopfsteuer zu erheben oder sich zu einer Gemeindebiersteuer bzw. zu einer allgemeinen Getränkesteuer zu entscheiden. Jede über 20 Jahre alte Person muß eine Kopfsteuer von 6 Mk. entrichten bis zu einem Einkommen von 8000 Mk. jährlich. Bei ganz geringen Einkommen müssen 3 Mk. Kopfsteuer gezahlt werden. Die Regierung der Reaktion versuchte, dieser einseitigen Belastung der Massen ein soziales Mäntelchen umzuhängen, insofern als die Kopfsteuer von Einkommen zwischen 8000 und 25 000 Mk. 12,— Mk., bei Einkommen bis 100 000 Mark 50 Mk. und für die großen Einkommen über 1 Million Mark 1000 Mk. beträgt.

Durch die Bestimmung, daß die Gemeinden ermächtigt werden, Steuern auf Getränke weiterhin zu erheben, muß unbedingt ein großer Rückgang dieser Produkte eintreten. Die Auswirkung durch die Erhöhung der Reichsbiersteuer macht sich bereits bemerkbar, als auch in der Brauindustrie eine starke Einschränkung der Belegschaften um sich greift.

Weiter wurden bedeutende Verschlechterungen in der Krankenversicherung vorgenommen. Die Versicherten müssen zukünftig die ärztliche Bescheinigung der Krankheit bezahlen, wie auch einen Beitrag für die Rezepte aufbringen. Die Krankenkassen werden weiter in ihrem freien Verfügungsrecht beim Erwerb von Grundstücken beschränkt. Die freiwillig Versicherten müssen, wenn sie eine bestimmte Dauer der Zugehörigkeit zu der Krankenkasse nicht erfüllt haben, ausscheiden sobald ihr Einkommen über 8 400 Mk. beträgt. Selbst einer bürgerlichen Zeitung, dem „Berliner Tageblatt“, geht diese antisoziale Maßnahme wider den Strich. Es schreibt: „Der Art. 48 soll angewandt werden, um eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu beseitigen. Glaubt man wirklich, dies damit zu erreichen, daß man von jetzt ab den Arbeitslosen erst 14 Tage nach dem Verlust seines Einkommens die Unterstützung gewährt? Muß man nicht für einen Winter wie den kommenden gerade von denjenigen, die zwei Wochen ohne einen Pfennig Unterstützung arbeitslos auf der Straße liegen, Akte der Verzweiflung erwarten? Und wie

wird es sich wohl in einer Zeit, in der die Nerven aufs äußerste angespannt sind, auswirken, wenn Arbeiter und Angestellte, die jahrelang ihren Beitrag zur Krankenversicherung gezahlt haben, jetzt 50 Pfennig — den Preis eines Brotes — für einen Krankenschein zahlen müssen, der ihnen die Tür zum Kassenarzt öffnet und weitere 50 Pf., wenn sie das dort erhaltene Rezept in der Apotheke vorlegen.“ So kennzeichnet eine Zeitung, die dieser reaktionären Regierung sehr nahe steht, die unerhörte Verordnung.

Um die Sache schmacht zu machen, wurde der Notverordnung eine verschärfte Bestimmung zu der bisherigen Kartellordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen einverleibt. Mit dieser Jesuiterei glaubt die Regierung in weiten Kreisen freudige Zustimmung zu erreichen. Fest steht aber, daß sie auf diese verschärfenden Bestimmungen verzichten könnte, wenn sie den Mut aufbringen würde, die bislang bestandenen Verordnungen sinngemäß gegen den Mißbrauch kartellartiger Bestimmungen anzuwenden. Kein Mensch glaubt daran, daß die Regierung von dem ihr nunmehr zustehenden Recht, die Zölle auf Produkte der Monopolwirtschaft herabzusetzen oder aufzuheben, um dadurch überhöhte Monopolpreise zu verhindern, Gebrauch macht, wenn sie gleichzeitig noch vor Auflösung des Reichstags im Begriff war, Zollerhöhungen auf 50 Industrieprodukte, darunter zum großen Teil auf solche, die kartelliert sind, durchzusetzen. Die Kartellbestimmungen sollen lediglich dazu dienen, um der breiten Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen.

Das reaktionäre Machwerk der Regierung hat in weiten Kreisen der Bevölkerung große Beunruhigung hervorgerufen. Wenn diese Stimmung ein Barometer für die kommende Reichstagswahl sein wird, dann wird durch den entfachten Sturm des Volkes diese reaktionärste aller Regierungen hinweggefegt. Die hohen Belastungen in der Notverordnung treffen die Arbeiterschaft allgemein und darum kann es nur bei den Wahlen eine Möglichkeit geben, daß die Arbeiterschaft geschlossen gegen die Parteien aufmarschiert, die diesen unerhörten Raubzug auf die Taschen der Minderbemittelten vollzogen haben.

### Die neuen Leistungen in der Krankenversicherung

In der Partei- und auch in der Gewerkschaftspresse ist schon in groben Umrissen darauf hingewiesen worden, daß auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unterm 26. Juli 1930 eine „Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände“ veröffentlicht worden ist. Im Gegensatz zu anderen Gesetzen und Verordnungen ist diese Notverordnung sofort mit ihrem Erscheinen in Kraft getreten. Wie schon bekannt sein dürfte, bringt diese Verordnung auch einschneidende Änderungen in der Krankenversicherung. Ebenso ist bereits durchgesichert, daß diese Änderungen nur Verschlechterungen und einen Abbau der Leistungen bringen. Bekannt ist jedoch nicht, welche Leistungen eingeschränkt sind und wie der Abbau in der Praxis durchgeführt werden soll. Es erscheint deshalb angebracht, auf diese Neuerungen einmal kurz einzugehen. Dies ist um so notwendiger, als der Reichsarbeitsminister unterm

2. August 1930 Durchführungsbestimmungen zu den neuen Änderungen in der Krankenversicherung erlassen hat.

Die Neuerungen (lies: Einschränkungen) sind ziemlich mannigfacher Art. Bekannt ist die Bestimmung, daß jeder Krankenschein 50 Pf. kostet. Die Kassen sind berechtigt, in den niedrigeren Beitragsklassen diese Gebühr auf die Hälfte zu ermäßigen und in den höheren Klassen um die Hälfte zu erhöhen. Ebenso ist bereits darauf hingewiesen worden, daß jeder Versicherte zu jeder Verordnung eine Zahlung von 50 Pf. leisten muß. Ist der Rechnungsbetrag niedriger als 50 Pf., so muß der volle Betrag gezahlt werden. Diese Zahlung gilt für alle Verordnungen ganz gleich welcher Art. Von dieser Grundbestimmung können Ausnahmen zugelassen werden. Bis heute sind dieselben jedoch nicht erlassen. Die Krankenscheingebühr muß auch bei der Familienhilfe gezahlt werden. Die Zahlung

Frage der Zeit und wird von den weiteren Nationalitätsbestimmungen abhängen.

Aus dieser Tatsache kann bestimmt nicht abgeleitet werden, daß die Konzernbildung in diesen Fällen Gutes geschaffen hat. Das Resultat davon ist, daß einige tausend Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos wurden und die Produktion mit bedeutend verringerter Belegschaft weiter erledigt wird.

Preisabbau?

Wieder einmal steht das Thema Preisabbau in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Die Regierung hat im Rahmen der Notverordnung auch das Kartellgesetz verschärft, um die Preisbindungen, die von den Kartellen und sonstigen Wirtschaftsgebilden zum Zwecke der Preishochhaltung eingegangen wurden, zu prüfen und eventuell aufzuheben.

Die erste Frage lautete, ob es notwendig erscheint, bis zur Ueberwindung der krisenhaften Zustände auf Preisbindungen jeder Art zu verzichten. Die Antwort des RWR lautete, daß eine allgemeine plötzliche Beseitigung sämtlicher Preisbindungen mit Gefahren verbunden wäre, die sogar Verschärfungen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten herbeiführen könnten.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Aufhebung von Preisbindungen auf jenen Gebieten, auf denen die festgesetzten Preise ohnehin nicht mehr eingehalten werden. Die Antwort des RWR ging dahin, daß diese Preisbindungen, die nur noch zu einer willkürlichen Benachteiligung schwächerer Käufer und zu einer Verwirrung in der Kenntnis des Marktes führen, beseitigt werden müssen.

Ein Vorkämpfer der Demokratie

Zum Todestage Wilhelm Liebknechts.

Fünf Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Die Sozialdemokratie kämpfte längst wieder auf dem Boden des sogenannten „gemeinen Rechtes“. Es gab auch die Zeit der Ausnahmezustände, es sei nun wirklich die Zeit der Ausnahmezustände vorüber. Aber immer noch spukte in vielen Gehirnen der Gedanke, man könne mit außerordentlichen Gesetzen oder verwaltungsmäßigen Mitteln die sozialistische Bewegung niederrücken.

Wenige Wochen nach dieser Rede wurde in Breslau der Parteitag der Sozialdemokratie eröffnet. Dort stand am Rednerpult ein Mann, dessen graues Haupt ein hauchgroßer Vergänglichkeit umwitterter Wilhelm Liebknecht, den man in der Partei zärtlich den „Alten“ nannte, der in den Märztagen von 1848 auf der Seite der Freischärler saß, viele Jahre seines Lebens im Gefängnis verbrachte und der, heimgekehrt, die deutschen Gefängnisse mehr von innen als von außen kennen gelernt hatte.

Jetzt sanft wieder eine neue Bewegung gegen uns

Der zweite Teil der zweiten Frage ist der wichtigste. Hier verlangt die Regierung zu wissen, ob es sich empfiehlt, in einzelnen Fällen die Bindungen auf unangemessen hohe, volkswirtschaftlich nicht berechnete Preise und Preisspannen aufzuheben.

Die dritte Frage bezog sich auf die allgemeine Aufhebung der Preisbindungen, die die Produzenten den Groß- und Einzelhandel insbesondere bei Markenartikeln auferlegt. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrates hält eine allgemeine Entscheidung nicht für möglich, fordert aber die Vorlegung von Material für Einzelentscheidungen.

Wer schuf die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen?

Die sozialdemokratischen Volksbeauftragten waren es, die nach der Revolution zum erstenmal in Deutschland eine

staatliche Unterstützung der Arbeitslosen

einführten. Unter dem Druck der Sozialdemokratie gelang es 1927 die alte Forderung der freien Gewerkschaften und damit der Partei nach einer

Arbeitslosenversicherung

zu erfüllen. Jeder Arbeiter und Angestellte wurde gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Prüfung der Bedürftigkeit fällt fort.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist einer der größten Fortschritte der deutschen Sozialpolitik.

die Preisbindungen von Markenartikeln, die auf den Märkten der wichtigsten Bedarfsartikel bestehen. Hier wird der Regierung empfohlen, auf Grund ihrer Vollmachten die Preisbindungen der Verkäufer für Lebens- und Genussmittel, die in der Form von Markenwaren vertrieben werden, sogleich allgemein aufzuheben und auch alle Rechtsbehelfe anzuwenden.

An der Regierung liegt es nunmehr, ob in nächster

an. Man beleidigt die Sozialdemokratie und hat ihr den Fehdehandschuh hingeworfen zum Kampf auf Leben und Tod. Wohlan, was die Beleidigungen unserer Partei betrifft — sie berühren uns nicht. Was die Verleumdungen betrifft, mit denen wir überschüttet werden, so stehen wir zu hoch, als daß Kotwürfe an uns heranreichen würden.

Das war ein Bekenntnis. Und es wurde verstanden. Sowohl die Anhänger im Lande wie auch die Gegner wußten, was sie von der Sozialdemokratie zu halten hatten. Um so schamloser enthüllte die Reaktion ihr Antlitz. Es fand sich wirklich ein Staatsanwalt, der wegen dieser Sache gegen den siebenjährigen Wilhelm Liebknecht Anklage erhob.

Zeit ein Preisabbau erfolgt oder nicht. Ergreift sie nach Erstattung dieses Gutachtens nicht sofort die erforderlichen Maßnahmen, dann besteht wohl kein Zweifel mehr, daß die Verordnung nur ein Wahlbluff gewesen ist.

Vermahlungsquote für die zweite Augushälfte

Die Vermahlungsquote für Inlandsweizen betrug ab 1. August 40 Proz. Die Reichsregierung hat die Vermahlungsquote für die zweite Hälfte des Monats August auf 60 Proz. erhöht.

Bei den Besprechungen, zu denen Vertreter unseres Verbandes nicht geladen wurden, haben Zeitungsnachrichten zufolge die Vertreter der Landwirtschaft eine Quote von 70 bis 75 Proz. verlangt, während die Vertreter der Mühlen die Aufrechterhaltung der Quote von 40 Proz. bis 15. September und eine Erhöhung auf 50 Proz. nach dem 15. September für tragbar hielten.

Durch die in diesem Erntejahr verspätet eingebrachte Ernte fehlt es an den notwendigen Inlandsweizenmengen. Hinzu kommt, daß durch die starken Regenfälle während der Erntezeit der geerntete Inlandsweizen außerordentlich feucht ist.

Bemerkenswert ist noch, daß man vor der Festsetzung der Vermahlungsquote ab 15. August wohl die Interessenten, also die Landwirtschaft und die Mühlenunternehmer sowie den Getreidehandel geladen hat, nicht aber die Vertreter der Mühlenarbeiter, trotzdem dieser Verband es ausdrücklich gewünscht hat.

Wurzener Kunstmühlenwerke zusammengebrochen

Die Wurzener Kunstmühlenwerke vorm. F. Krietsch u. Co. haben ihre Zahlungen einstellen müssen. Nachdem ein bei den Gläubigern nachgekauft Moratorium nicht die erforderliche Mehrheit erhalten hat, mußte das gerichtliche Vergleichsverfahren eingeleitet werden.

„eventuellen Willens“, wurde aus der vornehmen Abwehrklärung Liebknechts, die den hohenherzoglichen Wilhelm mit keinem Worte erwähnte, eine Majestätsbeleidigung zurechtgeschuftet. Und zur Schande der deutschen Justiz jener Jahre mußte der weißhaarige Kämpfer wirklich noch einmal auf vier Monate hinter Schloß und Riegel gehen, hinter denen er, als Kämpfer für die Rechte des arbeitenden Volkes, bereits Jahre seines Lebens verbracht hatte.

Fünf Jahre später, am 7. August 1900, durchlief die Nachricht von dem plötzlichen Tode des unverwundlich scheinenden „Alten“ die sozialistische Welt. Ueberraschung und Trauer war allgemein. Ragte doch die Gestalt dieses Kämpfers in die Anfangsbewegung der deutschen Demokratie zurück, und war sie doch in allen Fasern verbunden mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die sie von ihren Anfängen bis in die Gegenwart begleitet hatte.

Wilhelm Liebknecht war ein im besten Sinne des Wortes internationaler Sozialist. Ihn hatte der politische Kampf weit umhergetrieben. Die Tatsache, daß er in England eine Freistadt gefunden, nachdem er aus dem eigenen Lande hatte flüchten müssen, beeinflusste sein Denken bis ins hohe Alter hinein. Auf englischem Boden hatte er nicht nur mit den beiden großen Altmeistern der sozialistischen Bewegung eng und freundschaftlich verkehrt, von dort aus hatte er auch die zahlreichen direkten Beziehungen anknüpfen können, die ihn für Jahrzehnte mit den führenden Sozialisten der europäischen Welt verbanden.

Aber so sehr er auch international verbunden war und so wenig seine Gedankenwelt sich an zufällige Landesgrenzen biß, konnte, so tief verwurzelt war er doch in dem Willen für die deutsche Demokratie und die deutsche Arbeiterklasse. Was er im Leipziger Hochverratsprozeß 1872 bekannt hatte, das galt als sein Leittat bis zu seinem Lebensende.

tam und die Folgen des Brandunglücks, die große Mittel erforderte, genannt. Daneben spielen noch verschiedene andere Umstände eine Rolle, die alle zusammengenommen es den Banken nicht mehr geraten erscheinen ließen, noch weitere Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen. Ein vorsichtig aufgestellter Ueberschuldung von nahezu 400 000 Mk. Unter den gesicherten Gläubigern befindet sich unter anderem auch die Sächsische Staatsbank und der sächsische Staat. Das Aktienkapital in Höhe von 2,75 Millionen Mark ist nach der jetzigen Lage der Dinge wahrscheinlich verloren. Die Weiterführung des Betriebes hängt von der Entwicklung des Vergleichsverfahrens ab.

Die Stilllegung der Mühle, die bereits am 8. August erfolgte bringt mehr als 400 Arbeiter aus Lohn und Brot. Kein Beispiel ist geeigneter, das Unsinnige der kapitalistischen Wirtschaftsweise aufzuzeigen, als eine Betriebseinstellung, so wie sie hier vorliegt. Nur weil durch einige teils verschuldete, teils unverschuldete Maßnahmen die kapitalistischen Geldgeber ihren Profit gefährdet sahen, deshalb mußte der Betrieb stillgelegt und die Arbeiterschaft auf die Straße geworfen werden. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, einem derartigen Wirtschaftssystem den Kampf anzufügen, denn nur sie allein sind die Leidtragenden, wenn im Ablauf dieses Systems irgendwelche Fehler vorkommen.

### „Klassenkampf-Perspektive“ aus der Vogelschau

Es ist billig, die Kritik eines Gegners damit abzutun, daß er unsachlich polemisiert und auf der „Klassenkampf-Perspektive“ stehe. Unter dieser Devise nimmt die „Fleischer- (Meister-) Verbands-Zeitung“ zu einer öffentlichen Versammlung der Fleischer in Berlin Stellung. Die Ausführungen des Referenten zum Verbandstag der Fleischermeister werden als „Glossen“ bezeichnet, weil darauf hingewiesen wurde, daß die Unternehmertagung für die Arbeiter eine Enttäuschung nach der anderen brachte. Die weitere Feststellung, daß auch dieser Verbandstag wie seine Vorgänger arbeiternfeindlich eingestellt war, brachte die „Fleischer-Verbands-Zeitung“ ganz aus dem Häuschen. Alles, auch der Hinweis darauf, daß die Unmöglichkeit des Selbständigwerdens nicht verstanden werden konnte, hat unsere marxistische Einstellung erwiesen. Die berechtigte Kritik des Referenten, wonach die „Sonderveranstaltungen“ zeigten, daß die Meister sehr wohl in der Lage sind, ausreichende Löhne bezahlen zu können, wird einfach dahin umgebogen, daß noch immer „ein Beweis der sagenhaften Existenz des Geldsackes“ vorhanden sei. Wenn die Deffenlichkeit über die schwere Existenz des Fleischergewerbes aufgeklärt wird, daß die Sozialgesetzgebung mit ihrer starken Belastung daran schuld sei, und wenn man sich auch sonst in Klagen großer und kleiner Scharfmacher gefällt, dann hat der Verbandstag in seinem glanzvollen Verlauf wenig von der Notlage spüren lassen.

Wie bei der starken Fülle aller „Sonderveranstaltungen“ die Fleischermeisterdelegierten bei 30 Grad im Schatten über den Nachweis der „schlechten Lage“ schwigen mußten, ist ebensowenig erwiesen. Wir wollen

uns nicht im Rechnen gefallen; die Rechnung des Verbandstages wurde „indirekt“ von den Fleischermeistern bezahlt. Die Sporthalle kostete gegen 5000 Mk. Miete ohne die hohen Kosten für die Extravaganzen. Großstadtkonkurrenzen — bei der heißen Jahreszeit sind die Revuen etwas außer Mode gekommen — wurden durch das Ballett der Staatsoper geboten, und das Musikchor des 9. Infanterieregiments lieferte schmissige Weisen. Prominente Berliner Künstler sorgten für die nötige Verbandstagsbegeisterung, die der Kulissenzauber allein nicht hochkommen ließ, und die Gagen waren nicht gering. Schließlich gondelten sie auf einem besonders geharteten „Festdampfer“ nach Potsdam und gefielen sich dort in historisch-geheißlichen Betrachtungen. Mit dem Hinweis auf diese glanzvollen

### Staatsvolk oder Interessentenhausen

Mit dieser Parole ist die aufgelöste Demokratische Partei in den Wahlkampf gezogen. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache diese Gegenüberstellung einmal näher zu betrachten, da sie besonders unter der Regierung Brüning immer nur der opfernde Teil gewesen ist.

Zu dem Interessentenhausen gehören die agrarischen Rechtsparteien einschließlich der Nazis, denen zuliebe Lebensmittelzölle in noch nie gekannter Höhe bewilligt wurden.

Zu dem Interessentenhausen gehört die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei. Ihr zuliebe wurde die Arbeitslosenversicherung verschlechtert.

Zu dem Interessentenhausen gehört die Wirtschaftspartei. Ihr zuliebe wurde die Gefrierfleischzufuhr beseitigt, die Konsumvereins- und die Kopf- oder Regesteuer eingeführt.

Zu dem Interessentenhausen gehört auch die Zentrumspartei, die, um ohne Sozialdemokraten regieren zu können, alle diese Belastungen aufgetrieben hat.

Staatsvolk ist bisher nur die Arbeiterschaft gewesen, auf deren Schultern alle diese Lasten abgewälzt wurden. Am 14. September muß dem Interessentenklüngel die richtige Antwort zuteil werden. An diesem Tage müssen alle Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land der Sozialdemokratie ihre Stimme geben.

Tage wurde festgestellt, daß kein Recht besteht, Lohn- und Sozialversicherungsabbau zu verlangen.

Kein Wort hat der Verbandstag zur mangelnden Kaufkraft der Arbeiterschaft gefunden, und erst die Handwerkskammer Berlin muß bestätigen, daß im Fleischergewerbe „als Hauptgrund die allgemeine Verschlechterung der Einkommensverhältnisse der Verbraucher über den schlechten Geschäftsgang anzugeben ist“. Als der Verbandstag dem Reichsernährungs-

minister Schiele „spontan“ wie einem siegreichen Gladiatoren jubelte, war das der Gipfel der Inkonsequenz, denn Schiele hat mit seinen Maßnahmen nicht allein nur der Landwirtschaft einen großen Gefallen getan, sondern auch die Fleischergehilfen stark geschädigt. Politische und klare Gegenwartserkenntnis zeichnete doch nie die Fleischermeister aus, sonst hätten sie ihrem Popanz nicht zugejubelt. Weil aber nun die Gesellen und Verkäuferinnen im Fleischergewerbe nicht mittun, daraus erklärt sich ihre „marxistische Klassenkampf-Perspektive“. Diese Erfindung der „Fleischer-Verbands-Zeitung“ sollte mit der Patentlösung ausgezeichnet werden.

### Gewerbeaufsicht und Fleischergewerbe in Preußen

Das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe veröffentlicht die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbehörden für das Jahr 1929. Diese bringen wichtige Aufschlüsse über die Verhältnisse im Fleischergewerbe.

Bei der Behandlung des „Lehrlingswesens“ wird allen Theoretikern des Selbständigmachens eine derbe Lektion erteilt. Ueber die Abwanderung der ausgebildeten Fleischer in andere Berufe heißt es: „In der Stadt... befinden sich gerade unter den Bergarbeitern viele Handwerker, besonders Metzger.“ Dem weiteren Zustrom zur Fleischerlehre und der späteren unsicheren Existenz widmet der Bericht folgende charakteristische Ausführungen: „— daß für eine spätere selbständige Stellung die geldlichen Voraussetzungen meist fehlen und daß zurzeit nicht einmal die Möglichkeit einer dauernden Beschäftigung als Gehilfe im Handwerk besteht. Nach Beendigung ihrer Lehrzeit werden notgedrungen viele Fleischer doch wieder im Bergbau Beschäftigung suchen müssen.“ Die Gewerbeaufsichtsbehörden stellen also „amtlich“ fest, wie schwer die ausgebildeten Fleischerlehrlinge im Berufe ihr Unterkommen finden. Der Lohn gestattet keinerlei Rücklagen und das Selbständigmachen erweist sich als trügerischer Traum. Als „Kumpel“ sind dann die Fleischergehilfen gerade noch gut genug, unter Tage im Bergbau ihr Brot zu verdienen. Es ist die ergreifendste Tragödie, daß nicht nur der ältere Berufsarbeiter, sondern auch der eben Ausgelernte seinen Beruf nicht ausüben kann. Dieses gewiß unparteiische Urteil der Gewerbeaufsichtsbeamten fügt aber der noch immer vorhandenen ungeheuerlichen Lehrlingshaltung eine weitere Anklage an. Es wird berichtet, daß noch immer Bestrafungen von Fleischermeistern stattfanden, die ungeheuerliche Lehrlinge „ausbilden“ und daß Entlassungen von Lehrlingen vorgenommen werden mußten. Unverblümt sagt der Bericht weiter, daß auch Bestrafungen deshalb erfolgen mußten, weil die in Kost und Logis befindlichen Lehrlinge über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt wurden. Diese Bestrafungen empfanden die Fleischermeister nach dem Bericht auch noch als besondere Härte, weil sie diese

„Ein zwiefaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt, das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, d. h. die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft, und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, solange noch ein Hauch in mir ist. Das will die Pflicht!“

Die große Verehrung, die dem „Alten“ in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung entgegengebracht wurde, zeigt sich in überwältigender Weise bei seiner letzten Fahrt. Sein Begräbnis wurde zu einer Massendemonstration, wie sie sonst in Berlin verboten war. Aus ganz Deutschland waren Delegationen von Sozialisten gekommen, um dem plötzlich Verschiedenen den letzten Gruß zu entbieten. Die sozialistischen Parteien der europäischen Länder entsandten ihre Führer, um von ihm Abschied zu nehmen. Gewaltig war der Massenaufmarsch der Berliner Arbeiterschaft. So gewaltig, daß in der nationalsozialistischen „Hilfe“ des Pfarrers Raumann über diese Kundgebung aus der Feder H. v. Gerlachs zu lesen stand:

„Der 12. August war ein Tag tiefster Trauer und zugleich höchsten Triumphes für die Sozialdemokratie. Von der Kantstraße in Charlottenburg im Westen Berlins bis nach Friedrichsfelde im fernen Osten, fast zwei Meilen lang standen Menschenmauern. Manchmal drei, manchmal fünf, manchmal acht Giebeln stark. Hunderttausende bildeten Spalier. Und durch diese Menschenmauern wanderten stundenlang Menschenmassen. Zehntausende nach Zehntausenden, fast nur Männer, die meisten in der Vollkraft ihrer Jahre. Das Blut das sonst durch die unzähligen Ader und Nebenader der Riesenstadt flutet, war in einer einzigen Ader zusammengedrängt. Die Stadt war entvölkert, die Arbeiterviertel ganz leer. Alles, was Arbeiter war und mit Arbeitern hielt, erwies dem alten Lieb-

necht die letzte Ehre. Die Arbeiter brachten den liebsten ihrer Führer zu Grabe. Sie bereiteten ihm ein Leichenbegängnis, wie es vielleicht noch kein großer der Erde je gehabt hat. Ich habe die erschütternde Leichenfeier für den alten Kaiser gesehen, der doch so viel Liebe hatte, aber um Liebnecht trauerten weit mehr...“

Franz Klüh.

### Winzernot in Kaiserszeit

Im Jahre 1909 wurde der „Frankfurter Zeitung“ aus der Pfalz geschrieben, daß bei einem Winzerfest in Deidesheim vor dem Festzug eine Tafel getragen wurde mit der Aufschrift „Weinsteuer“. Vor dem Zuge marschierte eine Musikkapelle mit einer schwarzen Fahne. Die Musikkapelle spielte einen Trauermarsch. Der Vorgang erinnerte lebhaft an die schwarze Fahne der Dürkheimer Winzer, die am 27. März 1832, also wiederum zur Zeit des monarchistischen Regimes, anlässlich des Hamerbacher Winzerfestes im Zuge getragen wurde und sich jetzt in den Sammlungen des Müllertumsvereins zu Bad Dürkheim befindet. Diese Fahne trägt in weißen Buchstaben die Inschrift: „Wir Weinbauern müssen trauern.“ An das Fahnentuch angeheftet war damals das 1832 verfaßte Gedicht der Winzer gegen den Zoll. Dieses ganz in Vergessenheit geratene, vermutlich gar nicht gedruckte Gedicht lautete:

Die Winzer zieh'n mit schwarzer Trauerfahne  
Zum deutschen Feste heut.  
Zu reißen die Regierung aus dem Wahne,  
Wir seien reiche Leute!

Ja, reich sind wir an gutem Mut und Fleiß,  
Das weiß die ganze Welt —  
Denn jeder Tag sieht uns in Müh und Schweiß  
In Gottes weitem Feld.

Wir wohnen in dem schönsten Land der Erden,  
Von Gottes Segen voll.

Doch müssen wir noch all zu Bettlern werden  
Durch den verfluchten Zoll.

Der Zoll- und Mautertrag ist eine Höllenbeute,  
Ihr Fürsten, hört es all!

Sie machen arme nur und schlechte Leute.  
Wo ist dies nicht der Fall?

Ja, wüßten wir, wer schuld am Zoll nur wäre,  
Am Zoll auf unsern Wein —  
Und wär' es auch ein Greis, bei meiner Ehre,  
Er müßte in den Rhein.

Was half bisher das Klagen schon seit Jahren?  
Wir sind noch nicht befreit!  
Der Herr soll uns vor Eigenhülfe bewahren.  
Doch — wir sind auch bereit!

Die freie Presse, Brüder, sie soll leben!  
Sie macht vom Zoll uns frei.  
Denn, wo man darf die Stimme frei erheben,  
Kommt alles noch in Reih'.

Sind einig wir, dann wird das Gut errungen,  
Eh' noch ein Jahr vorbei.  
Dann wird ein Lied aus voller Brust gesungen:  
Gottlob, nun sind wir frei!

Welche Wandlung! Damals riefen die Winzer unter dem Druck des Absolutismus nach Freiheit und priesen die freie Presse, heute in der Republik, die ihnen nicht nur Pressefreiheit, sondern auch die politische Freiheit bietet, gehören sie in der Mehrzahl zu derjenigen politischen Richtung, die ihnen vor fast hundert Jahren jede Freiheit streitig machte. Früher, als die Winzer selbst unter der Last der Zölle der einzelnen deutschen Länder litten, weiterlitten sie gegen den „verfluchten Zoll“, der sie zu Bettlern machte, heute können sie nicht laut genug nach Zoll rufen. Ja, die Zeiten ändern sich doch gewaltig!

## Abbau der Arbeitslosenversicherung

war die Lösung, als die Regierung ein sozialistisches Kabinett bildete. Der Abbau ist über den Kopf der Volksvertretung hinweg unter Zustimmung der Zentrumsminister Brüning und Stegerwald durchgeführt worden. Die Verschlechterungen in der Versicherung werden das Elend der Arbeitslosen im kommenden Winter noch vergrößern. Dies gilt es abzuwehren dadurch, daß am 14. September keine Arbeiterstimme für die Regierungsparteien abgegeben wird. Alle Stimmen der Liste 1 der Sozialdemokraten.

Mehrarbeit ihrer Lehrlinge „nur als leichte Botengänge“ oder kleine Handreichungen betrachteten, die sie vom Lehrling wohl verlangen könnten; denn sie befinden sich ja mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft. Am Ausreden waren die Fleischermeister noch nie verlegen. Wieviel Bestrafungen wären zu registrieren, wenn alle Lehrlingsbetriebe hätten kontrolliert werden können? In Berlin ergaben Kontrollen wegen Vergehen gegen die Beschäftigung von Jugendlichen Bestrafungen bis zu 2000 Mk., in anderen Orten waren die Strafen geringer.

Auch die Frage der Tarifverträge wird im Bericht behandelt. Ein Gewerbeaufsichtsbeamter machte die Feststellung, das Handwerk sei noch keineswegs tariffreundlich eingestellt. Was das heißt? Noch vielerorts wehren sich die Fleischermeister gegen den Abschluß von Tarifverträgen, und wo solche bestehen, werden sie nicht eingehalten! Das beweist wieder die Weltstadt Berlin. Namentlich hier wird die Sonntagsruhe nicht eingehalten und die Nacht zum Tage gemacht.

Der Bericht illustriert erneut, daß im Fleischergerberbe noch immer üble Zustände bestehen, die abgestellt werden müssen. Es darf keineswegs übersehen werden, daß sich die Kontrollen nur auf einen kleinen Teil der Betriebe erstrecken konnten. Bestraft wurden nur die Meister, die ausgesprochene Beschwoßel sind. In den Kleinstädten und auf dem flachen Land herrschen noch Zustände, die vielfach jeder Beschreibung spotten. Sie zu ändern, muß Aufgabe unseres Verbandes sein!

## Aus der Süßwarenindustrie

### Nestlé in Südafrika.

Die Errichtung einer Schokoladen-Fabrikationsniederlassung der Firma Nestlé als „Nestlé's South Africa Ltd.“ steht nach Zeitungsmeldungen unmittelbar bevor. Für die Fabrikanlagen sollen 70 000 Pfund Sterling in Aussicht genommen sein. Bisher bestehen in Südafrika etwa 6 bis 8 eigentlich meist kleinere Fabrikbetriebe. Die Einfuhr ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen. 1929 wurden noch um 453 887 Pfund Sterling Schokoladenwaren eingeführt, davon lieferte Deutschland für 6 316, England für 80 833, die Schweiz für 26 495, Kanada für 18 762, Holland für 11 482 und Belgien für 6 458 Pfund Sterling. Mit der Errichtung einer größeren modernen Schokoladenfabrik wird bestimmt die Einfuhr betroffen werden.

### Tobler Chocolat.

Die Beziehungen zu dem Turiner Unica-Konzern sind nunmehr auf eine neue Basis gestellt worden. Eine völlige Loslösung, wie sie in der Tagespresse bekanntgemacht wurde, scheint jedoch nicht erfolgt zu sein. Immerhin besteht für Italien noch eine Arbeits- und Interessengemeinschaft, die jedoch für Tobler kein Risiko im bisherigen Umfang bedeutet. Der Geschäftsbericht spricht sich erheblich zuverlässiger aus, obwohl auf 900 000 Franken Stammaktien noch keine Dividende ausgeschüttet wurde. Es wurde vorgezogen, neben der 8prozentigen Dividende auf 1 Million Schweizer Franken Prioritätsaktien und nach Dokumentation der Reserve mit 10 Proz. des Reingewinns von 133 000 Franken den Rest mit 61 000 Franken vorzutragen. Als Abschreibungen wurden 230 Franken verwendet. Der Dividendenausfall wird von der Verwaltung damit begründet, daß im nächsten Jahr 4 Millionen Franken Obligationen aus dem Jahre 1921 fällig werden, für die offenbar die Mittel noch nicht bereitstehen. Der Geschäftsgang war befriedigend bei sinkenden Rohstoffpreisen für Kakao und Zucker. Dennoch mußte Ende 1929 und Anfang dieses Jahres die Betriebsbelegschaft in Bern verringert werden, weil sich die Ausnahme der selbständigen Produktion in England in einem Produktionsausfall beim schweizerischen Werk bemerkbar machte.

### Ferrig-Kets A.-G., München.

Nach dem Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1929 wurde nach Abschreibungen von 85 931 Mk. ein Reingewinn von 65 451 Mk. erzielt. Außerordentlich hoch werden die Generalunkosten mit 1 226 912 Mk. angegeben. Es wird daher nicht feh-

gegangen, wenn die Aufassung besteht, daß die Generalunkosten reichlich bemessen wurden, vielleicht zu dem Zweck, um den Gewinn niedriger erscheinen zu lassen.

### Karstadt-Schokoladenfabrik.

Zu den in der Tagespresse erschienenen Meldungen über die Stilllegung der Karstadt A.-G. Schokoladenfabrik Burgmühle in Wernigerode, wird mitgeteilt, daß die Stilllegung nicht aus Arbeitsmangel vorgenommen worden ist. In der Fabrik werden zurzeit größere Um- und Neubauten vorgenommen; da es an Unterbringungsmöglichkeiten für die für den Herbst bestellten Waren fehlt. Nur aus diesem Grunde mußte der Betrieb bis zum 11. August 1930 stillgelegt werden, und inzwischen wird gehofft, daß die Räumlichkeiten für die Warenlagerung fertiggestellt sind.

## Bayerische Eigenart

Die bayerischen Bäckerinnungen in ihrer Mehrzahl glauben, weil sie auf dem Standpunkt stehen „mir san mir und schreib'm uns wir“ von jedem Gericht eine Extrawurst gebraten bekommen zu müssen. Um den Schreibern in den eigenen Reihen den Mund zu stopfen, hat der Innungsverband Bavaria an den Bayerischen Landtag den Antrag gestellt, in den Bade- und Saisonorten, darunter auch in Altötting (?), den Arbeitsbeginn um 4 Uhr früh zu gestatten. Nachdem sie mit dem allgemeinen Antrag des 4-Uhr-Beginns aufs Trockene gesetzt wurden, glaubten sie hier einen Erfolg zu erzielen. Sie mußten sich jedoch trotz aller Mühe und Anstrengung nur mit der Würdigung zufriedengeben. Diese Würdigung besteht darin, daß bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die bayerische Regierung den Antrag in empfehlende Erinnerung bringt. Unser Gegenantrag wurde nur zur Kenntnis genommen. Daß die Bäckerinnungen zur Begründung ihres Antrages einen Bäckermeister hatten, war dem Zufall zu verdanken, da ein Landtagsabgeordneter starb und hierfür Herr Bäckermeister Schneider aus Fürth in den Landtag eintrat. Dieser nunmehrige Gesetzesmacher hat schon sehr oft als Gesetzesverächter gehandelt. Sonntagsarbeit, 14-, 15stündige Arbeitszeit, Lehrlingszüchtereien sind Ruhmestaten, die den sozialen Geist dieses Herrn zeigen.

Für die bayerischen Bäckergehilfen ist besonders von Interesse zu wissen, wer für den Antrag des 4-Uhr-Beginns im Bayerischen Landtag stimmte. Altem voran selbstverständlich die Bayerische Volkspartei, der Bauernbund, die Deutsche Volkspartei, zwei Deutschnationale und die Nazis. Letztere wollten durch diese Zustimmung den Bäckergehilfen ihre soziale Einstellung bekunden. Würde es nach den Wünschen dieser Parteien gehen, so müßten die Bäckergehilfen Bayerns längst wieder nachts und Sonntags arbeiten, wie es in den gutgläubigen, der Bayerischen Volkspartei ergebenen Landgegenden schon sehr oft geschieht.

Der Profit des Arbeitgebers ist für alle diese Parteien das Heiligste, das gefördert und geschützt werden muß. Der Bäckergehilfe und Lehrling ist nach ihrem Ermessen der Kuli, der zu arbeiten hat, wie es der geheiligte Profit erfordert.

Bäckergehilfen Bayerns! Nur die Sozialdemokraten waren und sind die Verteidiger der Sonntagsruhe und des Verbotes der Nachtarbeit. Kein bayerischer Bäckergehilfe darf deshalb bei der Reichstagswahl einer anderen Liste als der Liste 1 seine Stimme geben. Die anderen Parteien sind es auch, welche den arbeitslosen, kranken und invaliden Kollegen lieber ihre Unterstützung kürzen, als einige Pfennige Beitragserhöhung auf sich zu nehmen. Der gesamte Arbeiterschutz wäre längst verschwunden, wenn die Sozialdemokratie nicht wäre, folglich ist die Wahl der Liste 1

Pflicht aller Kollegen!

## Noch immer Rückgang des Bierabsatzes

Die von den einzelnen Industrie- und Handelskammern allmonatlich erstatteten Berichte über die Lage in der Brauindustrie haben für den Monat Juli wiederum einen Absatzrückgang festgestellt. So wird aus Berlin berichtet, daß der Rückgang des Bierabsatzes gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres etwa 25 bis 30 Proz. beträgt. Als Ursache dieses Rückganges wird die ungünstige Witterung, in der Hauptursache aber die am 1. Mai in Kraft getretene Biersteuererhöhung und die damit verbundene Erhöhung der Ausschankpreise angegeben.

Auch in Rheinland-Westfalen betrug der Bierabsatz im Berichtsmonat nur 70 bis 80 Proz. der Menge, die im gleichen Monat des Vorjahres ausgestossen werden konnte. Gleichzeitig wird dort auch ein Rückgang gegenüber dem vorhergehenden Monat festgestellt. Von den einzelnen Betrieben ist in Aussicht genommen, neben der Arbeitsstreckung, die teilweise bereits stattgefunden hat, die Arbeitszeit zu verkürzen oder Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Im Gegensatz zu Berlin wird die Ursache des Absatzrückganges nicht auf die überhöhten Ausschankpreise zurückgeführt — unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges sollen angeblich die Gastwirte zu den alten Preisen

zurückgekehrt sein — es wird vielmehr die hauptsächlichste Schuld der geringeren Kaufkraft der Bevölkerung und der Biersteuererhöhung zugeschoben.

Ähnlich lauten die Berichte aus Dresden und Chemnitz. Auch dort beträgt der Absatzrückgang 20 bis 25 Proz. Lediglich über die Malzindustrie ist dort günstiges zu berichten, denn der Beschäftigungsgrad ist bisher noch befriedigend. Allerdings sind heute bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß die Absatzstodung der Brauereien auch zu einer Stodung in den Malzfabriken führt.

Die Wiedergabe dieser Berichte genügt, um zu zeigen, daß die Brauindustrie, die bisher wenig oder gar nicht unter der allgemeinen Wirtschaftsdpression zu leiden hatte, dank der Hals über Kopf durchgeführten Steuererhöhungen ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wird. Wir haben vor der Erhöhung der Steuer gewarnt und mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß eine durch eine Biersteuererhöhung verursachte Bierpreiserhöhung infolge der riesenhaften Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig herrscht, ein Fiasko sein wird. Unsere und auch die Warnungen anderer Stellen wurden mit dem Hinweis abgetan, daß die letzte Biersteuererhöhung statt eines Absatzrückganges eine Absatzsteigerung gebracht hat. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß jene Erhöhung der Biersteuer in eine Zeit lebhafter Wirtschaftstätigkeit fiel. Wie die Berichte zeigen, waren die Warnungen berechtigt. Tief bedauerlich ist es nur, daß es wieder die Arbeiterschaft in den Brauereien ist, die durch Entlassungen und Verkürzung der Arbeitszeit ganz oder teilweise ihres Lebensunterhaltes beraubt wird. Der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Verabschiedung des Biersteuergesetzes gestellte Antrag, die infolge der Biersteuererhöhung arbeitslos werdenden Brauereiarbeiter besonders zu unterstützen, wurde mit Hilfe der Zentrumspartei und den christlichen Gewerkschaftsvertretern abgelehnt. Die Brauereiarbeiter werden daraus die Lehre ziehen und am 14. September nur der Liste 1 ihre Stimme geben.

## Weitere Zollerhöhungen

Dem Reichsernährungsminister wurde das Recht übertragen, unter anderem auch den Zoll auf Erbsen zu erhöhen, wenn es die Preislage für Erbsen erforderlich macht.

Von dieser Ermächtigung hat der Minister für Unterernährung bereits Gebrauch gemacht; er erhöhte den Zoll um 275 Proz. Dabei kann durchaus nicht gesagt werden, daß die Erbsenpreise in Deutschland niedrig stehen. Die Preise für Viktoriaerbsen in Mitteldeutschland betragen zur Zeit 16 bis 17 Mk. für den Zentner. Das ist rund der doppelte Friedenspreis. Der Zoll für Kohlerbsen betrug 4 Mk. pro Doppelzentner. Er ist um ein Vielfaches erhöht worden. Die Preislage für Erbsen macht es nicht erforderlich, daß der Zoll in so unerhörter Weise erhöht wird. Man sieht aber hierbei, daß die Zollpolitik der gegenwärtigen Reichsregierung nicht nur darauf gerichtet ist, der Landwirtschaft rentable Preise zu sichern, sondern Wucherpreise zu erreichen. Die Folge einer derartigen unerhörten Zollerhöhung würde sein, daß die Verarbeitung von Erbsen mehr als bisher ins Ausland verlegt wird und Hunderte von Mühlenarbeitern in den Schälmühlen arbeitslos werden. Die Mühlenarbeiter sind durch die Zollpolitik und die Eingriffe der gegenwärtigen Reichsregierung in die Getreide- und Mühlenwirtschaft andauernd geschädigt worden.

## Umstellung in der Landwirtschaft?

Im Frühjahr dieses Jahres berichtete der Deutsche Landwirtschaftsrat, daß sich die Anbauflächen von Getreide in Deutschland nur wenig geändert haben. Nach den neuerlichen Berichten, die dem Deutschen Landwirtschaftsrat zugegangen sind, soll jedoch eine bedeutende Umstellung erfolgt sein. Bei den Berichtserstatern handelt es sich jedoch um Landwirtschaften, die in ihrer Betriebsführung möglichst den Rentabilitätsverhältnissen Rechnung tragen, also wegen des hohen Weizenpreises sich von dem Roggenanbau abwenden und die Weizenanbauflächen vergrößern. Die Winterweizen-Anbauflächen sollen gegenüber dem Erntejahr 1929/30 um 10 bis 15 Proz. vergrößert werden, während der Rückgang der Roggenanbauflächen im allgemeinen etwa 15 Proz. betragen soll.

Es hat sich schon mehrmals erwiesen, daß die Abschätzungen, die sich auf Berichte von immerhin wenigen Betrieben erstrecken und die alsdann verallgemeinert werden, nicht immer zutreffend sind. Diese Berichte mußten des öfteren in späteren Monaten korrigiert werden. Aber selbst, wenn es zutreffend sein sollte, daß nunmehr die Landwirtschaft die Anbauflächen um 30 Proz. (15 Proz. mehr Weizenanbauflächen und 15 Proz. weniger Roggenanbauflächen) in einem einzigen Wirtschaftsjahr verändern sollte, so würde damit die frühere Behauptung, daß eine Umstellung vom Roggen zum Weizenanbau in Deutschland unmöglich wäre, schlagend widerlegt.

# Ein Zeichen der Zeit

Daß die Arbeitslosigkeit auch unter den Berufen, von denen immer behauptet wird, daß sie weniger davon betroffen sind, Formen annimmt, die geradezu beängstigend wirken, ist ein Spiegelbild der Zeit.

Was vor nicht allzu langer Zeit ganz besonders von den Arbeitgebern im Konditorgewerbe bestritten wurde, muß heute von ihnen anerkannt werden. Sie gehen heute schon so weit und weisen darauf hin, daß in den größeren Städten die Möglichkeit nicht besteht, irgendwelche Arbeitskräfte, die von auswärts zu ziehen, unterzubringen. Auch das Schlagwort der Innungen des „Selbständigwerdens“ aller Gehilfen ist völlig verstummt. Die rauhe Wirklichkeit legt auch den Konditormeistern moralische Pflichten auf. Die große Arbeitslosigkeit der Konditorgehilfen zwingt sie zur Anerkennung der bestehenden Tatsachen. Die Konditoren-Innung (Berlin) erläßt aus diesem Grunde folgenden bemerkenswerten Aufruf:

**Dringende Warnung!** Stellenlose Gehilfen, Lehrstellenjuchende junge Leute werden hiermit dringend ersucht, zwecks Erlangung einer Beschäftigung nicht Berlin aufzusuchen. Wir können nur immer wieder vor einem Zugzug von auswärts nach Berlin warnen. Berlin hat in unserem Beruf verhältnismäßig die allergrößte Arbeitslosigkeit, die Unterbringungsmöglichkeit ist nicht nur schwierig, sondern ausgeschlossen, da nicht die geringste Aussicht besteht, die stellenlosen Gehilfen Berlins unterzubringen. Wir haben augenblicklich 732 stellenlose Gehilfen, das bedeutet, auf jeden Betrieb kommen zwei Arbeitslose.

Also nochmals bei Stellenlosigkeit nicht nach Berlin kommen, es verursacht nur Reise- und anderweitige Kosten, ohne etwas dadurch zu erreichen.

Richtiggestellt zu diesem Aufruf muß noch werden, daß auf jede Berliner Konditorei, in der Gehilfen beschäftigt werden, nicht zwei Arbeitslose kommen, sondern drei. Die Innung färbt also immer noch zu rotzig.

## Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

**Delegiertenwahl.** Beim Stimmenzählen III. Gebiet (ruherer Zentralverband der Fleischer), 3. Wahlkreis muß es heißen: Rostroh 298, Hofmann 237, Marquard 144 Stimmen. Delegierter ist somit R o s t r o h, Erfahmann H o f m a n n.

**Verlorenes Mitgliedsbuch.** Das Mitgliedsbuch des Kollegen Christian Zurluhle, eingetretten am 1. Januar 1922 in Bremen, Buchnummer 233 693, ist verlorengegangen. Beim Vorzeigen ist es anzuhalten und an die Hauptverwaltung einzusenden.

**Beuthen (Oberhsl.).** Kassierer der Ortsgruppe Beuthen ist bis auf weiteres Kurt Erlich in G l e i w i g, Scharnhorststraße 11 part.

## Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 3. August bis 9. August.

(Postkonten der Hauptkasse: Berlin 12 079, Nehrungsmittel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin RB 40.)

### Ortsgruppen:

- Berlin 552,35, Bremen 109,75, Augsburg 57,50, Barmen 20, Pflanzheim 193, Nürnberg 145,25, Wiesbaden 29,50, Coblenz 57,24, Schwerdt 127, Kaufbeuren 22,50, Linz 30,31, Panreuth 78,75, Paderm 28,50, Dessau 82, Quirreg 50,50, Essen 53,50, Leipzig 207, Kolditz 51,25, Hannover 143,50, Arefeld 30, Eitenburg 309, Frankfurt a. d. E. 300, Gortau 4, Nürting 50,15, Neubrandenburg 120, Schleiß 200, Freeden 24,25, Wuppertal 51,50, Seibronn 25,25, Vandschut 27,50, Böben 500, Merseburg 200, Jancsburg 50,66, Josenheim 350, Schwemtingen 410, Nelmabach 26, Rost 23, Stuttgart 54, Weiningen 400, Friedrichshof 200, Pader 30, Pflau 23, Seibelberg 200, Nie 300, Altenburg 600, Sittich 300, Bremerhaven 300, Gabe 120, Ute 400, Eibau 200, Wödenberg 100, Nühnig 120, Sagan 200, Torgau 250, Gera 22, Stendal 12,50, Eintr 47,25, Kankad 200, Leipzig 3000, Ranslau 400, Tullingen 300, Girk 28,25, Mainz 88, Frankfurt a. M. 181,50, Bremen 1500, Essen 1000, Seibronn 175,00, Regensburg 57,50, Radeburg 131,50, Bremen 277,67, Breslau 424,50, Leipzig 131,84, Noide 100, St. Margarethen 8, Schwabitz-Gmünd 120, Zinn 300, Sandrin 70,75, Mühlberg 375,99, Döberitz 23, Verangerode 26, Mühlberg 57,50, Eilenach 50, Seefeld 1000, Weifen 50, Offenbach 200, Dortmund 95,75, Samburg 486, Saarbrücken 22, Berlin 9, Ansbach 300, Emden 250, Gerbinnen 150, Jüterbog 30, Schlewig 500, Reichenbach i. Schlef. 100, Weißwasser 200, Elle 80, Zwickau 26, Dortmund 100, Chemnitz 81,25, Stuttgart 118,25.

### Constitues:

- Berlin 175, und 83,35 und 690, und 954,50, Halle 20, Berlin 19,51, Augsburg 120, Berlin 100, und 65,40 und 121,50 und 5, und 83,35, Götting 30, Saalfeld 70, Berlin 1424,80 und 228 und 3,20 und 700, und 107,24, Bremen 6, Berlin 1652,70 und 4, und 298,18, Hannover 5,40, Berlin 216,39, Gera 1,20.

## Korrespondenzen

**Barmstedt.** Am 3. August fand der Kreishandwerkertag mit Umzug statt. Die einzelnen Gewerbe bildeten Festgruppen. Die Festwagen waren von Meisterjöhnen und Lehrlingen bemannt. Der Versuch hiesige Gesellen zu bewegen, am Festzuge teilzunehmen, scheiterte! In den meisten Fällen. Da glaubte die gelbe Fleischer-Brüderschaft Altona, es gehöre zu ihrer Pflicht, den hiesigen Meistern unter die Arme zu greifen. Abends versuchten dann die Hitlerjünglinge auf Aufforderung des hiesigen Obermeisters, der zu seinen Gefellen sagte, wenn ihr eine Brüderschaft gründet, lasen wir dafür, daß ihr dauernd Arbeit habt, eine Fleischergefellens-Brüderschaft zu gründen, aber mit einem negativen Erfolg. Leider hatten sich 5 bis 6 Verbands-

gefallen bewegen lassen, am Umzug teilzunehmen. Aber schon am Dienstag kam die Ernüchterung, denn der Mohr hatte keine Pflicht getan. Es wurden nämlich fünf von den am Festzug beteiligten Kollegen die Papiere wegen Arbeitsmangel, trotzdem am Sonnabend und Montag Ueberstunden gemacht wurden, in die Hand gedrückt. Dieses Verhalten sollte den Kollegen doch endlich die Augen öffnen und ihnen zeigen, wo sie hingehören, nämlich in den Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband, der ihnen auch bei Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. zur Seite steht.

**Berlin.** Die Fleischerinnungskassette in Berlin teilt mit: „Der Vorstand der Innungskassette der Fleischer zu Berlin hat am 15. d. M. in einer außerordentlichen Sitzung beschlossen, dem Ausschuss vorzuschlagen, ab 1. September 1930 den Beitrag auf 5 Proz. des Grundlohns zu setzen.“

**Hamburg.** (Kollege Bergmann wieder Reichstagskandidat.) Zum kommenden Reichstagswahlkampf wird unser Kollege Gauleiter Paul Bergmann wieder auf Liste 1 an aussichtsreicher Stelle zum Deutschen Reichstag kandidieren. Wir stellen dies um so lieber fest, weil dadurch auch im Parlament der Einfluß unserer Organisation gestärkt wird.

**Köln-Kall.** Die Brüningsche Reform der Sozialversicherung will der hiesigen Fleischer-Innungskassette das Lebenslicht ausblasen, weil sie dauernd weniger als 150 Mitglieder hat. Der Bäcker-Innungskassette geht es ebenso und deshalb wollen sich beide durch eine Verschmelzung wieder genügend „stark“ machen. In der letzten Innungsverammlung der Fleischer führte der Obermeister aus, daß „das Prestige des Handwerks durch die beabsichtigte Verschmelzung bestens gefördert würde!“

## Sozial- und Wirtschaftspolitik

**Arbeitslosigkeit steigt.** Nach dem Bericht der Reichsanstalt brachte die zweite Hälfte des Juli eine fühlbare Abschwächung des Beschäftigungsgrades und eine erhebliche Steigerung der Arbeitslosenziffer. Dieser mitten im Sommer so außergewöhnliche Vorgang gibt zu schwersten Besorgnissen Anlaß, zumal wenn berücksichtigt wird, daß in den nächsten Wochen die Arbeitskräfte, die zurzeit von der Landwirtschaft für die Ernte aufgenommen werden, den Arbeitsmarkt plötzlich stark belasten.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat sich in der Berichtszeit um rund 28 000 auf 1 497 000 erhöht. Die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger stieg in der gleichen Zeit um rund 23 000 auf 403 000. Von beiden Unterstützungseinrichtungen werden demzufolge zurzeit mehr als 1,9 Millionen Personen unterstützt. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist eine Mehrbelastung von mehr als einer Million Arbeitslosen zu verzeichnen. Mit der Zunahme der Unterstützten erfolgte auch eine Zunahme der verfügbaren Arbeitsuchenden. In den Arbeitsämtern waren am 31. Juli als Arbeitsuchende 2 757 000 Personen eingetragen. Darunter sind die noch nicht mitgezählt, die sich bereits in gekündigter Stellung befinden, und die Arbeiter, die mit Kostendarbeiten beschäftigt werden. Die Zahl der Arbeitsuchenden hat in der Berichtszeit um mehr als 42 000 zugenommen. Der Hauptteil der zur Entlassung kommenden Arbeiter kommt von den Berufsgruppen, die unter der Konjunktur zu leiden haben, doch sind auch die Saison-Außenberufe daran beteiligt. Im Monat August wird die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich sprunghaft in die Höhe gehen, denn nach den vorliegenden Meldungen hat sich die Zahl der Kündigungen und der Stilllegungsanträge ganz erheblich vermehrt.

Die trostlose Lage des Arbeitsmarktes zwingt zu außerordentlichen Maßnahmen. Diese können und dürfen aber nicht auf dem Gebiete des Unterführungsraubes liegen, wie die Regierung Brüning-Stegerwald diktierte, sondern die Hilfe muß auf dem Wege einer großzügigen Arbeitsbeschaffung kommen. Die Arbeitslosen werden am 14. September dies besonders zu beachten haben und ihre Stimme nur der Sozialdemokratie geben, die als einzige Arbeiterpartei praktisch für die Interessen der Arbeitslosen wirkt. Wer nicht zur Wahl geht oder einer anderen Partei seine Stimme gibt, unterstützt die Feinde der Arbeiter.

**Zunehmende Kapitalkonzentration in Deutschland.** Das Kapital ballt sich in Deutschland immer mehr zusammen. Im Krisenjahr 1929 ist die Zahl der Aktiengesellschaften um 346 auf 11 344 zurückgegangen. Das Kapital in diesen Unternehmungen ist aber um 843 Millionen Mark auf 223,73 Milliarden Mark gestiegen. Das Durchschnittskapital einer Aktiengesellschaft betrug 2,09 Millionen Mark gegen 1,80 Millionen Mark gegen Ende 1927.

**Gewerbmäßige Stellenvermittlung.** Unmittelbar nach dem Zusammentritt soll sich der neue Reichstag mit einem Beschlusse beschließen, der sich mit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung befaßt. Ab 1. Januar 1931 ist die gewerbmäßige Stellenvermittlung nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verboten.

**6 1/2 Millionen Arbeitslose in USA.** Nach einer Schätzung der nationalen Arbeitslosen-Liga sind in den Vereinigten Staaten 6 1/2 Millionen Arbeitslose vorhanden.

**Getreidemonopol in Oesterreich.** Nach Wiener Meldungen legt die Regierung von Oesterreich unmittelbar vor Schaffung eines Getreidemonopols. Der Entwurf, der im Landwirtschaftsministerium bearbeitet wird, soll noch in diesem Jahre vom Parlament verabschiedet werden.

## Die Kopf- oder Negersteuer,

die durch die Regierung mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung eingeführt wurde und die verlangt, daß jeder Einkommensteuerpflichtige, ob arm, ob reich, ganz gleich ob er 25 Mk. oder 100 Mk. pro Woche verdient, 6 Mk. an die Reichskasse abführt (Ehefrauen und alle anderen Personen über 20 Jahre zahlen 3 Mk.) ist die reaktionärste Tat, die bisher von einer volksfeindlichen Regierung vollbracht wurde. Die Sozialdemokratische Partei steht im schärfsten Kampf gegen diese Steuer. Ihr gehören die Stimmen aller Arbeiter und Arbeiterinnen am 14. September!

## Gegnerische Organisationen

**Uebertritt ins Lager der Arbeiterschaft.** Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete und Führer der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften Anton Erkelenz ist zur Sozialdemokratie übergetreten. In seiner sehr beachtenswerten Begründung sagt Erkelenz, daß er es nicht verantworten könne, die Politik der Demokratischen — und jetzigen Staatspartei zu unterstützen, da sie in ihren Auswirkungen zu sozialreaktionär und der Arbeiterschaft nicht förderlich ist. Damit hat sich der Gewerkschaftsführer Erkelenz offen auf die Seite der Arbeitenden gestellt. Ob aus diesem Uebertritt die Fleischer-, Bäcker- und Brauer-Hirche, wenn auch nicht die politische, so aber doch die gewerkschaftliche Konsequenz ziehen, d. h., daß sie nunmehr bewußte gewerkschaftliche und nicht gelbe Einstellungen an den Tag legen, muß abgewartet werden.

**In Treue fest.** Die Fleischer-Hirche halten in der Zeit vom 6. bis 8. September in Breslau ihren Bundestag ab. Damit nach dem berühmten Muster des Fleischer-(Meister-)Verbandsstages der nötige Theaterdonner nicht fehlt, soll den „internen“ Beratungen vorher eine große öffentliche Kundgebung vorausgehen. Die „offizielle“ Rednerliste weist den ehemaligen sächsischen Wirtschaftsminister Wilhelm, Dresden, den gelben Bäckerbundesgenossen Drexlik, Berlin, drei Handelskammerpräsidenten, Obermeister und Stadträte auf. Die erste Garnitur der Wirtschaftspartei, Minister a. D., Innungs- obermeister und Stadträte und ein leibhaftiger Reichstags- abgeordneter, sollen soziale und Wirtschaftsprobleme „be- rühren“ (aber nur mit dem kleinen Finger). Ausgerechnet die in allen ihren Teilen hochgradig reaktionäre Wirtschafts- partei wird mit Wahlpropaganda auf die Fleischergefellens- losgelassen.

## Allgemeine Rundschau

**Seht die Wählerlisten ein!** Die Wählerlisten zur Reichstagswahl liegen in der Zeit vom 24. bis einschl. 31. August aus. Es ist Pflicht aller unserer Mitglieder, die Wähler- listen einzusehen und Beanstandungen irgendwelcher Art dort vorzubringen.

**Nachruf!**  
Am 11. August 1930 ist unser lang- jähriges Mitglied und Vorsitzender der Jahrsliste Wesel **Heinrich Großhard** verstorben. 14,59

Wir verlieren in diesem lieben Freund einen Kollegen, der ein Mitbegründer der Jahrsliste war. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. **Die Kollegen der Niederlage Oberrheinischer Wesel der Dortmunder Aktienbrauerei. Der Vorstand der Jahrsliste Wesel. Die Bezirksleitung Cleve.**

**Nachruf!**  
Am 9. August 1930 verunglückte tödlich unser lieber Kollege, der Bier- führer **Karl Schampel** im Alter von 35 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. **Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Reife.**

**Nachruf!**  
Am 5. Juli 1930 verstarb durch Unglücksfall unser lieber Kollege **Joh. Bögl**, Bierliebhaber der Sammsbrauerei, im Alter von 31 Jahren. 12,70

Ehre jenem Andenken! **Jahrsliste Neumarkt i. Oberpf. Ortsgruppe Nürnberg-Gürtel.**

**Nachruf!**  
Am 27. Juli 1930 verstarb durch Unfall unser Kollege, der Fleischer **Hans Land**.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 12,10 **Ortsgruppe Elmshorn.**

Unsern Koll. **Adolf Doemann** nebst seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 11,80

**Section der Bäcker. Ortsgruppe Essen-Ruhr.** Unsern Kollegen **Walter Dübner** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichen Glückwünsche. 11,80

**Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Gradon. Weidenburg.** 11,80

Unsern Koll. **Josef Dirmeier, Anton Berger, Ludwig Kübler** zu ihrem 25. Jahrs. Verbandsjubiläum die besten Glückwünsche. 1,80

**Die Kollegen der Ortsgruppe Rempten.**

Unsern lieben Kollegen **Heinrich Bartowski** zu seinem 25. jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. 12,10

**Die Kolleginnen und Kollegen der Brauerei Böfert. Ortsgruppe Duisburg.**

Unsern Koll. **Batistis, Colaritis** und seiner lieben Frau nachträglich zur Vermählung die besten Glückwünsche. 11,80

**Hesforder Niederlage. Ortsgruppe Bremerhaven.**

Unsern werten Freund und Kollegen **Johann Haselberger** und seiner lieben Frau zu ihrer am 9. August 1930 stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. 12,70

**Die Kollegen der Jahrsliste Drexler, Mühlberg.**

Unserer Funktionärin **Margarete Balders** und ihrem Mann zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. 11,80

**Ortsgruppe Weimar i. Thür.** Unsern Koll. **Arthur Hertel** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. 11,50

**Ortsgruppe Glaucha.** Unserer lieben Kollegin **Minna Coefer** nebst ihrem lieben Gatten nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. 11,80

**Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Quedlinburg a. Harz.**

Unsern alten Großschmied **Paul Morten** und seiner lieben Gattin nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. 11,80

**Die organisierten Kollegen der Firma Fritz Wolf, Erfurt.** Unsern Kollegen **Jakob Simon, August Dejaz** und ihren lieben Frauen noch nachträglich die besten Wünsche zur Vermählung. 12,10

**Die Kollegen der Schloßbrauerei, Geislantern, Bezirk Saarbrücken.**



# FRAUENRECHT



## Die Frau und die Reichstagswahlen

Die kommende Reichstagswahl wird für die Frauen von großer Bedeutung sein. Auch der Frau kann es nicht gleichgültig sein, wie die kommende Regierung zusammengesetzt ist, denn auch sie ist heute auf das engste in das Getriebe des Wirtschaftslebens eingruppiert. Wir haben an dieser Stelle wiederholt auf das Anwachsen der Zahl der berufstätigen Frauen hingewiesen. Millionen Frauen sind gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt in der Fabrik, wie überhaupt im Erwerbsleben zu sichern.

Da heute auf das engste mit dem Wirtschaftsleben die Gesetzgebung verbunden ist und die gesetzliche Regelung auf sozialpolitischem Gebiete auch der Frau nicht gleichgültig sein kann, so darf sie der Wahl nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Die Arbeiterin, die tagtäglich unter den furchtbarsten wirtschaftlichen Misereien leiden muß, die von der Arbeitslosigkeit genau wie der Mann betroffen wird, die auch wiederum den großen Gefahren der Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist, und letzten Endes besonders stark unter dem Abbau der Arbeitslosenversicherung zu leiden hat, muß mit ihren männlichen Geschlechtsgenossen dahin wirken, daß bei den Reichstagswahlen eine sozialfortschrittliche, arbeiterfreundliche Regierung zustande kommt. Viel mehr als bei den Männern greift die soziale Gesetzgebung in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Frau ein. Es sei nur an dieser Stelle erinnert an die Fürsorge der Schwangeren, die schon längst der besitzenden Klasse ein Dorn im Auge ist, und wenn es nach dieser Richtung gegangen wäre, so würden auch hier schon vor der Wahl bedeutende Verschlechterungen erfolgt sein. Es sei erinnert an die Kinderfürsorge und Kindererziehung, wobei leider der Staat bisher außerordentlich wenig getan hat, sondern diese Aufgabe privaten Einrichtungen in der Hauptsache überließ; es sei erinnert an den Arbeiterinnen-schutz in der sozialen Gesetzgebung, wie von der Regierung vorgeschlagen, wobei den Arbeiterinnen nicht im entferntesten Rechnung getragen wurde.

Als Staatsbürgerin hat heute die Arbeiterin und Frau im höheren Maße ein Interesse an der Geschäftsführung des Staates. Sie hat gegenüber dem Staat bedeutende Pflichten zu erfüllen als Steuerzahlerin, als Wirtschaftlerin in der Familie, bei deren Tätigkeit sie tagtäglich die unerhörte, antisoziale, indirekte Besteuerung auf die hauptsächlichsten Nahrungsmittel verspüren muß. So ist gleichmäßig die Frau mit dem Manne in hohem Maße interessiert an dem Ausgang der Reichstagswahl. Es ist nicht allzu

schwer, darüber zu urteilen, welcher Partei die Frau ihre Stimme geben soll. Im Laufe der letzten Jahre konnten wir mit aller Deutlichkeit beobachten, daß die Frau von den bürgerlichen Parteien keine gesetzliche Hilfe erwarten kann. Die einzige politische Interessenvertretung für die Arbeiterschaft und für die Frau war in allen Situationen die Sozialdemokratische Partei. Gewiß wird zur Wahl versucht, besonders den Frauen die bürgerlichen Parteien schmachhaft zu machen, und viele Versprechungen können wir in den Tagen vor der Wahl hören. Allen Leichtgläubigen sei jedoch heute schon versichert, daß alle Versprechungen treulos niederge trampelt werden, sobald die bürgerlichen Parteien wiederum eine Regierungsmehrheit erlangen werden. Das konnten wir wahrnehmen in den verfloßenen Jahren. Der Arbeiter und die Arbeiterin ist

## Auf deine Stimme kommt es an!

„Auf meine Stimme komm's nicht an“,  
So sagst du wohl an jenem Tag,  
Da sich das Volk Vertreter kürt —  
O welch ein töricht eifler Wahn!

Ihr Arbeitsmenschen, merkt es gut:  
Die Feinde zählen ihren Troß —  
Weh euch, gewännen die den Sieg,  
Die voll von Trug und Uebermut!

So kommt zu uns, ob Frau, ob Mann,  
Mit starker Hand, mit klarem Blick —  
Mitbruder, komm — vergiß es nicht:  
Auf deine Stimme kommt es an!

H e d d a W a g n e r .

den bürgerlichen Parteien nur vor der Wahl wertvoll, denen Beachtung geschenkt werden muß; jedoch nach den Wahlen denken sie nicht mehr daran, sich der durch die kapitalistische Wirtschaftsweise verelendeten Personen anzunehmen. Im Gegenteil, wir mußten sehen, daß alle von den bürgerlichen Parteien geschaffenen Gesetze eine Schonung der Reichen und eine enorme Belastung der minderbemittelten Schichten bedeuteten. Es darf daher unter keinen Umständen die erwerbstätige Frau bei der Reichstagswahl ihre Stimme ihren Feinden geben, und darum, Kolleginnen, kämpft mit euren Kameraden Schulter an Schulter, beweist der kapitalistenfreundlichen bürgerlichen Mehrheit, daß ihr nur die Sozialdemokratische Partei als eure politische Interessenvertretung anerkennt.

## „Madame Fillbrandt“

Vor dem Danziger Schwurgericht wird eine interessante „Kriminalaffäre“, wie sie von Polizei- und Gerichtssachmannern bezeichnet wird, abgerollt. Uns interessiert die kriminalistische Seite nicht so wie das Milieu, in dem diese Tragödie spielt.

Madame Fillbrandt, man könnte auch Neureich sagen, ist eine begüterte Fleischermeistersfrau, deren Reichtum ihr alles erlaubte und nebenbei auch eine stattliche Anzahl von Prozessen einbrachte. Sie war aber auch ein wahrer Dämon. Ihr Geld ließ sie nicht nur über ihre Prozeßgegner, sondern auch über das Personal herrschen. In allen Zeugenaussagen lehrte wieder, daß sie jedem mit sofortiger Entlassung drohle, der nicht machen wollte, was sie bestimmte. Eine Zeugin bekundete: „Auch mich versuchte sie zu bewegen, eine falsche Aussage zu machen. Sie verdächtigte mich sogar des Diebstahls, als ich das ablehnte.“ In den meisten Fällen gelang es ihr, Zeugen, insbesondere ihr Personal, für sich zu gewinnen. Eine ganze Anzahl von Zeugen sind auch bereits wegen Meineids mit Zuchthaus bestraft.

Dieser Prozeß ist ein Beispiel dafür, wie die Arbeitnehmer ausgenutzt werden und wie skrupellos mit ihnen umgegangen wird, wenn sie sich nicht gefügig zeigen. Zu guter Letzt wird noch die Hungerpeitsche geschwungen und jeder aufs Straßenpflaster geworfen. Jene Fleischermeistersfrau Fillbrandt hat noch viele Artgenossinnen.

## Allgemeines

Ab Abschaffung der Nachtarbeit für Arbeiterinnen in Japan. Dem ärztlichen Kongreß, der im April in Osaka stattfand, lag ein Bericht vor, der die Ergebnisse der Untersuchungen über die Wirkung der Abschaffung der Nachtarbeit auf die Gesundheit der Arbeiterinnen zusammenfaßte.

Die Untersuchungen erstreckten sich auf über 1000 Arbeiterinnen zwischen 14 und 30 Jahren, die in den Schlafstätten der Seidenspinnereien in Osaka und Umgegend untergebracht waren. Die Dauer der Untersuchung belief sich auf 5 Jahre, sie wurde im Jahre 1930 abgeschlossen, als die Nachtarbeit verboten wurde. Obgleich die gesetzlichen Vorschriften zur Abschaffung der Nachtarbeit erst am 1. Juli 1929 in Kraft traten, wurde diese schon vor diesem Datum von einer großen Anzahl von Fabriken freiwillig durchgeführt. Die Untersuchung ergab, daß die Krankheitsziffer nur leichte Schwankungen aufwies, jedoch sei festzustellen gewesen, daß die Zahl der Tuberkulosefälle nachgelassen und die durchschnittliche Krankheitsdauer sich vermindert habe. Der Prozentsatz der in der Fabrik anwesenden Arbeiterinnen, der sich vor der Abschaffung der Nachtarbeit auf durchschnittlich 92 Proz. belief, ist, wie der Bericht angibt, auf 96 Proz. gestiegen. Der Appetit der Arbeiterinnen hat zugenommen, während die Ermüdungssymptome seit Abschaffung der Nachtarbeit nachlassen. Auch führt der Bericht eine Zunahme des Durchschnittsgewichts der Arbeiterinnen an.

## Das Brautkleid\*)

Ein isländischer Bauernroman.

III

Sie packten abermals zu. Finnur kämpfte fieberhaft und unvorsichtig und gab sich Blößen. Skule hätte ihn schnell fassen können, doch beschränkte er sich zunächst auf die Abwehr. Erst als Finnur wieder heimtückische Griffe anwandte, riß er ihn mit einem Fernschuß um.

Ein Teil der Menge hatte sich während des letzten Ringkampfes verlaufen; sie sahen einem Wettreiten zwischen zwei Bauern zu.

Finnur erhob sich nach seinem zweiten Fall und trat auf Skule zu. Er bebte vor Erregung, und sein Blick flackerte.

„Du — jetzt fühlst du dich wohl als Sieger!“ sprach er mit klangloser Stimme zu Skule. Er sah sich um, erblickte die beiden Bauern, die soeben vom Wettlauf zurückkehrten; und da fragte er plötzlich: „Getraust du dich, mit mir um die Wette zu reiten? — Du hast dir doch letzten Herbst einen neuen Buschflepper zugelegt?“

„Buschflepper!“ wiederholte Skule und versuchte, seiner Stimme einen harten Klang zu geben, doch des anderen Blick ließ ihn zusammenschauern.

„Hüte deine Zunge, Jungchen, der Buschflepper nimmi's mit deinem noch auf!“

„Das wollen wir eben sehen!“ rief Finnur. „Wir reiten über den See und wieder zurück; wer zuletzt kommt, hat einen Buschflepper.“

Die Leute scharten sich wieder um sie.

„Es kann doch wirklich gleich sein, wer von uns den besseren Gaul hat, Finnur“, sprach Skule ernst. Da aber rief eine Stimme aus dem Volkshaufen:

„Sei kein Spaßverderber, Skule! — Finnur proßt mit seiner Schindmähre immerzu; wir wollen doch einmal sehen, was daran ist!“

Anderer aber griffen Finnurs Partei und lobten sein Pferd. Auch Björn Isleifsson war hinzugezogen.

„Hier ist nur ein Roß im Tal, das besser ist als Finnurs!“ rief er schallend. „Und das ist nicht der Rappe von Hamrafell!“

Einige lachten darob und nickten zustimmend.

„Du willst wohl nicht recht ran?“ fragte Finnur und drängte sich dicht an Skule heran. Die Leute ringsum hörten dies, und viele meinten dasselbe.

Skule nahm sich zusammen. Irgendwo in der Menge sah er Kolsinnas erschrockenen Blick für einen Augenblick.

„Wohlan!“ jagte er. „Reiten wir!“ Das klang kurz, entschlossen.

Die beiden Pferde wurden nebeneinander gestellt. Man beschaute und besah sie eingehend und besprach die Siegesaussichten der beiden Gegner.

Skule und Finnur sattelten; Skule ruhig und ernsthaft. Er sah ab und zu verstohlen zu seinem Gegner hinüber.

Dann waren sie bereit. Sie stiegen in den Sattel; die vor ihnen Stehenden wichen zurück, so daß eine Gasse frei wurde.

„Wir reiten bis zum Ende des Sees und wieder zurück!“ sprach Finnur laut. „Zum Ende des Sees und zurück.“

„Zum Ende des Sees!“ Skule wollte heftig widersprechen. Niemand ritt über das Ende des Sees, außer wenn es ums Leben ging, nie aber früher als

im Februar. Er sah Finnur an, sein Blick blieb wie gebannt haften. Ein Zucken des Schmerzes durchlief ihn. Er konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Finnurs Gesichtszüge in diesem Augenblick an seinen Vater, Barde, erinnerten!

„Vater!“ murmelte er, und plötzlich fiel ihm etwas ein, was er einmal in seiner Kindheit auf Barga hatte flüstern hören.

Da war es, als wiche alle Kraft von ihm. Zum Ende des Sees? Nun gut, laß uns reiten! Skule war alles gleich.

Die Umstehenden begriffen erst jetzt, was Finnur vorgefallen hatte; sie blickten einander an und stutzten. Zwei, drei riefen etwas, wollten Einhalt gebieten, da aber schlug Finnur auf sein Pferd ein, und schon sausten die beiden davon. Skule beugte sich vornüber und spornete sein Pferd mit den Abfäßen. Die Tiere hielten sich anfangs Seite an Seite; sie waren ausgezeichnete Kenner.

Mond und Sterne spiegelten sich im Eise. Es war, als jagten die Reiter durch die Luft, hoch über den Sternen.

In der Menschenmenge, die ihnen nachsah, verstummte jedes Gespräch.

Lorfe stand neben Alt-Kristjan und hinter ihnen Björn Isleifsson, alle starr vor Spannung. Doch allmählich gewann Björns Blick wieder Leben, sein Gesicht nahm eine ernsthafte und würdige Miene an.

„Hei, sieh nur dort!“ Triumphierend stieß er Ingebjörg Hallsdatter an, die neben ihm stand. „Finnur ist schon mindestens zwei, drei Pferdelängen voran.“ Er lachte behäbig in den Bart und steckte die Hände in die Taschen. Es ergökte ihn, den Burschen von Hamrafell besiegt zu sehen. Zudem war Finnurs Pferd vom selben Stamm wie Esjagmur.

(Schluß folgt.)

\*) Wir entnehmen dieses Kapitel dem kürzlich in der Büchergilde Gutenberg erschienenen isländischen Bauernroman mit Genehmigung der Verlagsleitung. Preis in Seimen 2.— Mk.